

# Partner der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten



## Vertreibungen ächten, verletzte Rechte anerkennen

### Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“

Am 6. September 2000 wurde die Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN mit Sitz in Wiesbaden und Organisationsbüro in Bonn errichtet. Sie wurde aus einer Erkenntnis des Bundes der Vertriebenen geboren: Eigenes Leid und traumatische Erinnerungen können der Antrieb dafür sein, Vertreibung und Genozid als Mittel von Politik zu ächten, Völkervertreibungen weltweit entgegenzuwirken und sie zu verhindern – und dadurch der Völkerverständigung, der Versöhnung und der friedlichen Nachbarschaft der Völker zu dienen.

Die Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN verfolgt vier gleichrangige Aufgaben, deren Kern jeweils die Menschenrechte sind.

Erstens soll einem Gesamtüberblick gleich das Schicksal der mehr als 15 Millionen deutschen Deportations- und Vertreibungsoffer aus ganz Ostmittel, Ost und Südosteuropa mit ihrer Kultur und Siedlungsgeschichte erfahrbar gemacht werden. Gleiches gilt für das Schicksal der fast fünf Millionen deutschen (Spät)Aussiedler, die in die Bundesrepublik Deutschland oder in die frühere DDR kamen.

Zweitens will die Stiftung die Veränderungen Deutschlands durch die Integration Millionen entwurzelter Landsleute mit den Auswirkungen auf alle Lebensbereiche ausleuchten.

Drittens sind auch Vertreibung und Genozid an anderen Völkern, insbesondere in Europa, thematisch unverzichtbar Sache des ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN.

Und viertens gehört zu den Stiftungsaufgaben die Verleihung des Franz-Werfel-Menschenrechtspreises an Persönlichkeiten, die durch ihr Handeln das diesbezügliche Verantwortungsbewusstsein schärfen. Der Preis kann an Einzelpersonen, Initiativen oder Gruppen verliehen werden, die sich gegen die Verletzung von Menschenrechten durch Völkermord, Vertreibung und die bewusste Zerstörung nationaler, ethnischer oder religiöser Gruppen gewandt haben. Bisherige Preisträger sind etwa Mihran Dabag, Bischof Franjo Komarica, György Konrád, Herta Müller, David Vondraček, Karl Schlögel, Rick Ostermann, Freya Klier, Prof. Dr. Michael Wolffsohn, Altbundespräsident Joachim Gauck und der Rumänische Präsident Klaus Werner Johannis.

Mehr als 400 Städte und Gemeinden Deutschlands sind Paten der Stiftung. Daneben wurde und wird sie seit der Gründung durch viele namhafte Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben unterstützt – u.a. durch Arnulf Baring (†), Joachim Gauck, Otto von Habsburg (†), Helga Hirsch, Hellmuth Karasek (†), Freya Klier, Guido Knopp, György Konrád, Harald Schmidt und Peter Scholl-Latour (†). Vorsitzender der Stiftung ist seit 2017 der ehemalige hessische Justiz- und Kultusminister Dr. Christean Wagner (CDU).

Zu den Höhepunkten der bisherigen Stiftungsarbeit gehören die Ausstellungen „Erzwungene Wege – Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts“, „Die Gerufenen – Deutsches Leben in Mittel und Osteuropa“, „Angekommen – Die Integration der deutschen Heimatvertriebenen“ und deren Trilogie „Heimat“ sowie die Ausstellungen „Verschwunden – Orte, die es nicht mehr gibt“ und „In Lagern – Schicksale deutscher Zivilisten im östlichen Europa 1941/1955“, die in den Jahren seit 2006 Tausende Besucher ins Kronprinzenpalais Berlin, ins Paul-Löbe-Haus im Deutschen Bundestag oder die Frankfurter Paulskirche und als Wanderausstellungen in Museen und Veranstaltungssäle vieler Städte Deutschlands lockten.

Von Beginn an haben die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge – sowie CDU und CSU die Arbeit der Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN aktiv begleitet und unterstützt.

### Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung

Im Rahmen der Koalitionsverhandlungen über die Bildung der Großen Koalition im November 2005 wurde das Projekt der Errichtung einer Ausstellungs- und Dokumentationsstelle zu Flucht und Vertreibung – wie ursprünglich von der Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN gefordert – auf Betreiben von CDU/CSU als „sichtbares Zeichen“ in den Koalitionsvertrag aufgenommen. Im Geiste der Versöhnung sollte auch in Berlin ein sichtbares Zeichen gesetzt werden, um an das Unrecht von Vertreibungen zu erinnern und diese für immer zu ächten.

Auf dem CDU-Parteitag im November 2006 in Dresden brachte die OMV einen Antrag zur Unterstützung des Aufbaus eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ in Berlin

ein, der mit großer Mehrheit der Delegierten angenommen wurde. Darin heißt es unter anderem: „Die CDU unterstützt die deutschen Heimatvertriebenen bei dem Gedenken an ihr leidvolles Schicksal und der Bewahrung ihres kulturellen Erbes im kollektiven Gedächtnis des deutschen Volkes. Es ist ein Teil unserer deutschen Identität. Deshalb unterstützt die CDU den Aufbau eines Zentrums gegen Vertreibungen in Berlin.“

Dem Auftrag ist die Bundesregierung mit dem Gesetzesbeschluss zur Errichtung einer „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ als unselbstständige Stiftung in Trägerschaft des Deutschen Historischen Museums Berlin am 3. September 2008 nachgekommen. Das Gesetz trat am noch 2008 in Kraft und wurde 2010 nochmals novelliert.

Wichtigstes Gremium der Stiftung ist der 21köpfige, jeweils für fünf Jahre berufene Stiftungsrat. Sechs Mitglieder stellt dabei der BdV, um die angemessene Gremienbeteiligung der Heimatvertriebenen zu gewährleisten. Zum Gründungsdirektor der Stiftung wurde im Juli 2009 der renommierte Geschichtswissenschaftler und Politologe Prof. Dr. Manfred Kittel ernannt, der die Stiftung bis 2014 leitete. Auf Kittel folgte 2016 die bis dahin als Direktorin des Alliierten-Museums in Berlin tätige Historikerin Dr. Gundula Bavendamm.

Der Gesetzestext der Bundesregierung weist als Zweck der Stiftung aus, im Geiste der Versöhnung die Erinnerung und das Gedenken an Flucht und Vertreibung im 20. Jahrhundert wach zu halten. Der Erfüllung dieses Zweckes dienen danach insbesondere: die Errichtung, Unterhaltung und Weiterentwicklung einer Dauerausstellung zu Flucht und Vertreibung im 20. Jahrhundert, den historischen Hintergründen und Zusammenhängen sowie zu europäischen Dimensionen und Folgen; die Erarbeitung von Einzelausstellungen zu speziellen Aspekten der Gesamthematik; die Vermittlung von Forschungsergebnissen und wissenschaftlichen Erkenntnissen; die Sammlung, Dokumentation und wissenschaftliche Auswertung einschlägiger Unterlagen und Materialien, insbesondere auch von

Zeitzeugenberichten sowie die Zusammenarbeit mit deutschen und internationalen Museen und Forschungseinrichtungen.

2012 wurde die Konzeption für die Stiftungsarbeit einstimmig vom Stiftungsrat beschlossen. Darin steht: „Die Dauerausstellung präsentiert einem breiten Publikum Ursachen, Ablauf und Folgen von ethnischen Säuberungen in Europa, wobei Flucht, Vertreibung und Integration der Deutschen den Schwerpunkt bilden.“

2013 gaben Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und Staatsminister Bernd Neumann als Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien das Startsignal für die Umbauarbeiten des Deutschlandhauses.

2017 stellte die Stiftung das Konzept für die Dauerausstellung und 2018 das Konzept für das hauseigene Archiv und das Dokumentationszentrum vor. 2019 folgte das Konzept für die Bildungs- und Vermittlungsarbeit im Hause.

Im Sommer 2021 wurde das „Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ unter großem öffentlichem Interesse eröffnet. Etwa 1.700 m<sup>2</sup> Ausstellungsfläche stehen für eine moderne und in Teilen interaktive Ausstellung zur Verfügung. Zielgruppe sind weniger die Vertriebenen selbst als eine interessierte Öffentlichkeit, die oft viel zu wenig vom Schicksal Flucht und Vertreibung weiß.

Die Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN, die in dem Beschluss der Bundesregierung unter Würdigung ihres Beitrags zur Versöhnung namentlich erwähnt wird, hat einen entscheidenden Anstoß zur Errichtung dieser geplanten Ausstellungs- und Dokumentationsstelle zu Flucht und Vertreibung in Berlin gegeben. Sie wird auch zukünftig eine treibende Kraft bei der Aufarbeitung des Themas Flucht und Vertreibung bleiben und als Ideen und Impulsgeberin die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung konstruktiv begleiten.